

Auf der Grundlage von § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55), berichtigt am 25. April 2003 (SächsGVBl. S. 159) beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden die Satzung der Landeshauptstadt Dresden für den Ausländerbeirat, die Geschäftsordnung des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Dresden und die Neufassung der Wahlordnung zur Wahl der ausländischen Kandidatinnen/Kandidaten des Ausländerbeirates.

### **Satzung der Landeshauptstadt Dresden für den Ausländerbeirat Vom 25. September 2003**

Auf der Grundlage von § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55), berichtigt am 25. April 2003 (SächsGVBl. S. 159) hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden in seiner Sitzung am 25. September 2003 die nachfolgende Satzung beschlossen:

#### **§ 1**

#### **Aufgaben des Ausländerbeirates**

(1) Der Ausländerbeirat soll in Dresden lebenden Ausländerinnen und Ausländern eine weitgehende Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben in der Stadt Dresden ermöglichen, weiterentwickeln und fördern. Er soll die Wahrung der kulturellen Identität der Ausländerinnen und Ausländer fördern und sich um ein harmonisches und gewaltfreies Zusammenleben der ausländischen und deutschen Bevölkerung bemühen.

(2) Insbesondere sind die Aufgaben des Ausländerbeirates

- a) die Interessen der Ausländerinnen und Ausländer gegenüber dem Stadtrat und dem Oberbürgermeister zu vertreten,
- b) zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse beizutragen,
- c) das Zusammenleben der Deutschen und Ausländerinnen sowie Ausländern und das Hineinwachsen der in- und ausländischen Bevölkerung in die multikulturelle Gesellschaft zu fördern,
- d) zur Schaffung und Erhaltung von Freiräumen beizutragen, die die Wahrung und Entwicklung einer eigenen kulturellen Identität für Menschen anderer Nationalität, Kultur, Religion oder ethnischen Zugehörigkeit zulassen,
- e) in Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und dem Oberbürgermeister Öffentlichkeitsarbeit im Interesse von Ausländerinnen und Ausländern und für ihr Zusammenleben mit Deutschen zu leisten,
- f) die Willensbildung für ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländerinnen und Ausländer in Politik und Gesellschaft zu fördern,
- g) mit den Vereinen und Initiativen, die sich mit den Problemen von Ausländerinnen und Ausländern beschäftigen, zusammenzuarbeiten und sie zu unterstützen.

(3) Der Ausländerbeirat dient im Zusammenhang mit den o. g. Aufgaben dem Zwecke, den Stadtrat und den Oberbürgermeister zu beraten und zu unterstützen. Er gibt dabei dem Stadtrat und dem Oberbürgermeister Empfehlungen und bereitet für die Stadträtinnen und Stadträte Anträge vor.

#### **§ 2**

#### **Befugnisse und Pflichten der Mitglieder des Ausländerbeirates**

(1) Alle Vorhaben der Stadt, die Ausländerinnen und Ausländer in besonderem Maße betreffen können, werden vor der Beschlussfassung in den Ausschüssen und im Stadtrat dem Ausländerbeirat zur Stellungnahme vorgelegt.

(2) Eine Vertreterin/ein Vertreter der Ausländerinnen und Ausländer im Ausländerbeirat hat im Sinne des § 20 (1) der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Dresden Anhörungs- und Rederecht in allen die Ausländerinnen und Ausländer unmittelbar betreffenden Fragen.

(3) Die Wahl der Vertreterin/des Vertreters erfolgt durch den Ausländerbeirat.

(4) Der Ausländerbeirat kann in Abstimmung mit dem Presseamt der Landeshauptstadt Dresden über seine Arbeit die Öffentlichkeit unterrichten und auch Presseerklärungen herausgeben, soweit es sich nicht um vertrauliche Verhandlungsgegenstände handelt.

### **§ 3**

#### **Zusammensetzung und Wahl der Vertreterinnen und Vertreter der Ausländerinnen und Ausländer in den Ausländerbeirat**

(1) Der Ausländerbeirat besteht aus 20 stimmberechtigten Mitgliedern, 9 davon sind Stadträtinnen und Stadträte (nach Hare-Niemeyer). Die Amtszeit des Ausländerbeirates dauert eine Wahlperiode und endet spätestens beim Zusammentreten des neu gewählten Ausländerbeirates.

(2) Solange der direkten Wahl der sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in den Beirat durch die ausländische Bevölkerung die Sächsische Gemeindeordnung entgegensteht, regelt die vom Ausländerbeirat erarbeitete Wahlordnung unter angemessener Berücksichtigung der Nationalitäten die Modalitäten, nach denen die ausländischen Kandidatinnen und Kandidaten für den Ausländerbeirat durch die ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner Dresdens in freier Wahl bestimmt werden. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Kandidatenwahl wählt der Stadtrat die Mitglieder des Ausländerbeirates.

(3) Umbesetzung im Ausländerbeirat in der laufenden Wahlperiode sind vom Stadtrat auf Vorschlag des Ausländerbeirates zu bestätigen.

(4) Die/der Ausländerbeauftragte nimmt an den Sitzungen des Ausländerbeirates teil.

### **§ 4**

#### **Wahl der ausländischen Kandidatinnen und Kandidaten für den Ausländerbeirat**

(1) Die Kandidatinnen und Kandidaten der Ausländerinnen und Ausländer im Ausländerbeirat werden in allgemeiner, freier, geheimer, gleicher und unmittelbarer Wahl gewählt.

(2) Wahlberechtigt ist jede Ausländerin/jeder Ausländer, die/der am Wahltag mindestens seit 3 Monaten ihren/seinen Hauptwohnsitz in Dresden hat, sich in Deutschland rechtmäßig (auch mit Aufenthaltsgestattung) oder mit Duldung aufhält und das 18. Lebensjahr vollendet hat.

(3) Gewählt werden darf jede Ausländerin/jeder Ausländer, die/der am Wahltag seit 3 Monaten ihren/seinen Hauptwohnsitz in Dresden hat, sich mindestens ein Jahr in Deutschland rechtmäßig (auch mit Aufenthaltsgestattung) oder mit Duldung aufhält und das 18. Lebensjahr vollendet hat. Weiter ist wählbar, wer eingebürgert ist.

(4) Die Voraussetzungen des § 45 (1) des StGB gelten entsprechend.

## **§ 5 Verlust der Mitgliedschaft der Vertretung der Ausländerinnen und Ausländer im Ausländerbeirat und Nachfolgeregelungen**

(1) Der Ausländerbeirat kann dem Oberbürgermeister empfehlen, in den Stadtrat eine Vorlage zur Abberufung einer Vertreterin/eines Vertreters der Ausländerinnen und Ausländer einzubringen, wenn die Ausländerin/der Ausländer

- a) durch schriftliche Erklärung auf ihre/seine Mitgliedschaft verzichtet hat,
- b) wegen eines Verbrechens zu einer Freiheitsstrafe von mindestens 1 Jahr verurteilt worden ist,
- c) ihren/seinen Hauptwohnsitz in Dresden aufgegeben hat.

(2) Die Abberufung ist mit dem entsprechenden Beschluss des Stadtrates wirksam.

(3) Verliert eine Vertreterin/ein Vertreter der Ausländerinnen/Ausländer ihren/seinen Sitz, so wird dem Stadtrat die/der Nächste aus der Liste der Wahlbewerberinnen/Wahlbewerber vorgeschlagen, die/der die meisten Stimmen bei der Wahl der Kandidatinnen/Kandidaten in den Ausländerbeirat erhalten hat.

## **§ 6 Geschäftsordnung**

Die inneren Angelegenheiten des Ausländerbeirates regelt seine Geschäftsordnung.

## **§ 7 In-Kraft-Treten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 16.05.1997 außer Kraft.

Dresden,

Roßberg  
Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt Dresden

### **Hinweis gemäß § 4 Abs. 4 Satz 4 SächsGemO**

Sollte diese Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zu Stande gekommen sein, gilt sie ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Oberbürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist

- a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
- b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach vorstehender Nr. 3 oder Nr. 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Roßberg  
Oberbürgermeister

**Geschäftsordnung  
des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Dresden  
Vom 25. September 2003**

**§ 1  
Einberufung des Ausländerbeirates**

(1) Der Ausländerbeirat tritt so oft zusammen, wie es die Geschäfte erfordern, wird jedoch für maximal 6 Sitzungen im Jahr entschädigt. Die Einberufung erfolgt schriftlich durch die Vorsitzende/den Vorsitzenden ggf. Stellvertreterin/Stellvertreter und muss mindestens 6 volle Tage vor dem Sitzungstag erfolgen. Mit der Einberufung sind die Verhandlungsgegenstände mitzuteilen und die für die Beratung erforderlichen Unterlagen beizufügen. Der Ausländerbeirat ist unverzüglich einzuberufen, wenn es 5 Mitglieder des Ausländerbeirates unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes beantragen.

(2) Die Mitglieder des Ausländerbeirates sind verpflichtet, an den Sitzungen des Ausländerbeirates teilzunehmen. Im Falle einer Verhinderung ist dies unverzüglich, spätestens zu Beginn der Sitzung, der bzw. dem Vorsitzenden bzw. Stellvertreterin/Stellvertreter, wenn diese nicht erreichbar, einem an der Sitzung teilnehmenden Mitglied mitzuteilen.

**§ 2  
Vorsitz**

(1) Der Ausländerbeirat wählt in geheimer Wahl aus den ausländischen Vertreterinnen und Vertretern eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und aus den Stadträtinnen/Stadträten eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter. Der Beirat kann auf schriftlichen Antrag von mindestens 7 seiner Mitglieder die Vorsitzende/den Vorsitzenden bzw. Stellvertreterin/Stellvertreter mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Zahl der Mitglieder des Ausländerbeirates abwählen. Anschließend hat der Beirat eine neue Vorsitzende/einen neuen Vorsitzenden bzw. Stellvertreterin/Stellvertreter zu wählen.

(2) Die/der Vorsitzende und/oder die Stellvertreterin/der Stellvertreter bereitet die Sitzungen des Ausländerbeirates vor und leitet sie. Wenn sie beide an einer Sitzung nicht anwesend sein können, übernimmt das älteste Mitglied des Ausländerbeirates die Leitung.

(3) Die/der Vorsitzende und ggf. die/der Stellvertreterin/Stellvertreter vertritt den Ausländerbeirat nach außen.

(4) Für die Zeit und den Tagungsraum der Sitzungen übt die/der Vorsitzende das Hausrecht aus.

**§ 3  
Sitzungen**

(1) Der Ausländerbeirat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend ist. Wird der Beirat zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Darauf ist in der Einladung gesondert hinzuweisen.

(2) Der Ausländerbeirat fasst seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Die Abstimmung erfolgt offen durch Handzeichen. Durch Beschluss können geheime oder namentliche Abstimmung angeordnet werden.

(3) Über jede Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von der/dem Vorsitzenden, der Schriftführerin/dem Schriftführer sowie einem Mitglied des Ausländerbeirates, das an der Sitzung teilgenommen hat, zu unterzeichnen ist. Die Vorschriften des § 25 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Dresden gelten sinngemäß.

(4) Zur Behandlung bestimmter Tagesordnungspunkte können zu den Sitzungen Mitbürgerinnen und Mitbürger eingeladen werden.

(5) Anträge zur Geschäftsordnung können von den Mitgliedern während der Sitzung zu jeder Zeit gestellt werden. Die Ausführungen dürfen sich nur auf das Verfahren bei der Behandlung des Verhandlungsgegenstandes, nicht aber auf die Sache beziehen. Anträge zur Geschäftsordnung dürfen nicht von einem Mitglied gestellt werden, das selbst vorher zur Sache gesprochen hat.

Geschäftsanträge sind insbesondere:

1. Schließung der Rednerliste;
2. Schluss der Debatte;
3. Begrenzung der Redezeit;
4. Verweisung an die Arbeitsgruppe;
5. Unterbrechung der Sitzung;
6. Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit;
7. namentliche oder geheime Abstimmung;
8. Übergang zur Tagesordnung;
9. Vertagung des Beratungsgegenstandes;
10. Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Über Anträge zur Geschäftsordnung ist nach Rede und ggf. Gegenrede sofort abzustimmen. Bei Anträgen auf Schließung der Rednerliste oder auf Schluss der Debatte gibt die/der Vorsitzende die bereits vorliegenden Wortmeldungen bekannt; bevor sie/er darüber abstimmen lässt.

(6) Ein Mitglied, das die Ordnung stört, kann von der/dem Vorsitzenden zur Ordnung gerufen werden.

(7) Die Sitzungen sollen nicht über 22:00 Uhr ausgeweitet werden.

(8) Tagungsort des Ausländerbeirates ist in der Regel das Rathaus Dresden, Dr.-Külz-Ring.

#### **§ 4 Geschäftsführung**

(1) Die laufenden Geschäfte des Ausländerbeirates werden von der/dem Vorsitzenden in Zusammenarbeit mit der/dem Ausländerbeauftragten oder von einem von der/dem Vorsitzenden beauftragten Mitglied des Ausländerbeirates geführt. Die Mitarbeit aller Mitglieder des Ausländerbeirates ist zu gewährleisten.

Für die Öffentlichkeitsarbeit benennt der Ausländerbeirat eine Arbeitsgruppe.

(2) Bei Bedarf kann für die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 1 der Satzung des Ausländerbeirates eine Geschäftsstelle eingerichtet werden.

**§ 5**  
**Entschädigung**

Die Mitglieder des Ausländerbeirates werden nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung der Landeshauptstadt Dresden entschädigt.

**§ 6**  
**Geltung der Geschäftsordnung des Stadtrates**

Über die vorliegende Geschäftsordnung hinaus gelten die Vorschriften der Geschäftsordnung des Stadtrates sinngemäß.

**§ 7**  
**Inkrafttreten**

Diese Geschäftsordnung tritt am 26.09.2003 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 16.05.1997 außer Kraft.

Dresden,

Roßberg  
Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt Dresden

**Neufassung der  
Wahlordnung zur Wahl der ausländischen Kandidatinnen/Kandidaten des  
Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Dresden  
Vom 25. September 2003**

Auf Grund des § 3 Abs. 2 der Satzung der Landeshauptstadt Dresden für den Ausländerbeirat hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden in seiner Sitzung am 25. September 2003 die Neufassung der Wahlordnung zur Wahl der ausländischen Kandidatinnen/Kandidaten des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt Dresden beschlossen.

**§ 1**

**Wahlgrundsätze**

Die ausländischen Kandidatinnen/Kandidaten für den Ausländerbeirat gemäß § 3 Abs. 2 der Satzung der Landeshauptstadt Dresden für den Ausländerbeirat werden von den Wahlberechtigten in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt.

**§ 2**

**Aktives Wahlrecht**

(1) Wahlberechtigt ist jede Ausländerin/jeder Ausländer, die/der am Tag zur Wahl der ausländischen Kandidatinnen/Kandidaten für den Ausländerbeirat mindestens seit drei Monaten ihren/seinen Hauptwohnsitz in Dresden hat, sich in Deutschland rechtmäßig (auch mit Aufenthaltsgestattung) oder mit Duldung aufhält und das 18. Lebensjahr vollendet hat.

(2) Nicht wahlberechtigt ist,

1. wer infolge Richterspruchs das Wahlrecht nicht besitzt,
2. für wen zur Besorgung aller ihrer/seiner Angelegenheiten eine/ein Betreuerin/Betreuer nicht nur durch einstweilige Anordnung bestellt ist; dies gilt auch, wenn der Aufgabenkreis der Betreuerin/des Betreuers die in § 1896 Abs. 4 und § 1905 des Bürgerlichen Gesetzbuches bezeichneten Angelegenheiten nicht erfasst.

**§ 3**

**Passives Wahlrecht**

(1) Wählbar ist jede Person, die im Sinne von § 2 wahlberechtigt ist und sich seit mindestens einem Jahr rechtmäßig in Deutschland aufhält.

(2) Weiter ist wählbar, wer eingebürgert ist.

(3) Nicht wählbar ist, wer einer in der Bundesrepublik Deutschland verbotenen Vereinigung angehört oder sie unterstützt.

**§ 4**

**Wahlorgane**

Wahlorgane sind

1. die Wahlleiterin/der Wahlleiter,
2. der Wahlausschuss,
3. die Wahlvorstände.

**§ 5**

**Wahlleiterin/Wahlleiter**

(1) Wahlleiter ist der Oberbürgermeister oder eine von ihm benannte hauptamtliche Mitarbeiterin/ein von ihm benannter hauptamtlicher Mitarbeiter der Verwaltung der Landeshauptstadt Dresden. Ihre/seine Berufung sollte spätestens ein halbes Jahr vor dem Wahltermin erfolgen.

Die Wahlleiterin/der Wahlleiter hat die Vorbereitung, Durchführung und Ergebnisermittlung der Wahl zu leiten.

Zur Absicherung der organisatorischen und technischen Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Wahl bedient sie/er sich der für die entsprechenden Aufgaben bei allgemeinen Wahlen zuständigen Stellen der Verwaltung.

Sie/er entscheidet über Einsprüche in erster Instanz.

Die Wahlleiterin/der Wahlleiter fertigt alle öffentlichen Bekanntmachungen im Rahmen der Wahl aus und gibt sie ortsüblich bekannt.

**(2)** Die Wahlleiterin/der Wahlleiter ist die/der Vorsitzende des Wahlausschusses. Sie/er beruft ihre Stellvertreterin/ihren Stellvertreter bzw. seine Stellvertreterin/seinen Stellvertreter und die Mitglieder des Wahlausschusses.

**(3)** Sie/er beruft die Wahlvorstände und verpflichtet die Wahlvorsteherinnen/Wahlvorsteher auf das Wahlgeheimnis.

Sie/er kann die Berufung der Wahlvorstände der Verwaltung übertragen.

## **§ 6**

### **Wahlausschuss**

**(1)** Der Wahlausschuss besteht aus der Wahlleiterin/dem Wahlleiter, ihrer/ihrem Stellvertreterin/Stellvertreter bzw. seiner/seinem Stellvertreterin/Stellvertreter und fünf Beisitzerinnen/Beisitzern. Jede Beisitzerin/jeder Beisitzer hat eine Stellvertreterin/einen Stellvertreter.

**(2)** Die Mitglieder des Wahlausschusses und ihre Stellvertreterinnen/Stellvertreter müssen der deutschen Sprache mächtig sein. Sie werden von der Wahlleiterin/vom Wahlleiter aus dem Kreis der Wahlberechtigten spätestens am 40. Tag vor der Wahl berufen.

Die Wahlleiterin/der Wahlleiter kann ein Mitglied des Wahlausschusses oder eine Bedienstete/einen Bediensteten der Stadtverwaltung zur Schriftführerin/zum Schriftführer bestellen. Die Schriftführerin/der Schriftführer ist nicht stimmberechtigt, wenn sie/er nicht Mitglied des Wahlausschusses gemäß Abs. 1 ist.

Zu Beginn der ersten Sitzung des Wahlausschusses verpflichtet die Wahlleiterin/der Wahlleiter die Stellvertreterin/den Stellvertreter, die Beisitzerinnen/die Beisitzer und die Schriftführerin/den Schriftführer zur unparteiischen Wahrnehmung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten.

**(3)** Wahlbewerberinnen/Wahlbewerber, Vertrauenspersonen der Wahlvorschläge sowie deren Stellvertreterinnen/Stellvertreter sind als Wahlleiterin/Wahlleiter oder sonstige Mitglieder des Wahlausschusses nicht zugelassen.

**(4)** Der Wahlausschuss hat folgende Aufgaben:

1. Entscheidung über die Zulassung von Wahlvorschlägen und Festsetzung ihrer Reihenfolge auf dem Stimmzettel,
2. Feststellung des Wahlergebnisses und die Verteilung der Sitze, Entscheidung über Einsprüche gegen die Wahl.

**(5)** Der Wahlausschuss verhandelt und entscheidet in öffentlicher Sitzung. Zeit, Ort und Gegenstand der Verhandlung sind rechtzeitig vorher öffentlich bekannt zu machen. Über jede Sitzung ist eine Niederschrift anzufertigen, die von allen anwesenden Mitgliedern des Wahlausschusses und von der Schriftführerin/vom Schriftführer zu unterzeichnen ist.

**(6)** Der Wahlausschuss ist beschlussfähig, wenn außer der/dem Vorsitzenden oder deren/dessen Stellvertreterin/Stellvertreter mindestens drei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Der Wahlausschuss beschließt mit Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der Wahlleiterin/des Wahlleiters.

## **§ 7**

## **Wahlgebiet/Wahlbezirke**

- (1) Wahlgebiet ist die Landeshauptstadt Dresden.
- (2) Die Wahlleiterin/der Wahlleiter teilt das Wahlgebiet in 1 - 5 Wahlbezirke ein. Für jeden Wahlbezirk ist ein Wahlraum einzurichten und ein Wahlvorstand zu berufen.

## **§ 8**

### **Wahlvorstände**

- (1) Die Wahlvorstände führen die Wahl im jeweiligen Wahlbezirk durch.
- (2) Sie bestehen aus der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden, seiner Stellvertreterin/seinem Stellvertreter und 1 bis 3 Beisitzerrinnen/Beisitzern.
- (3) Sie werden durch den Oberbürgermeister oder die Wahlleiterin/den Wahlleiter berufen.
- (4) Die Mitglieder der Wahlvorstände sind aus den Wahlberechtigten für diese Wahl zu berufen. Bei Bedarf stellt die Stadtverwaltung dem Wahlvorstand die erforderlichen Hilfskräfte zur Verfügung.
- (5) Der Wahlvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens 3 Mitglieder, darunter die/der Vorsitzende oder ihre/seine Stellvertreterin/ ihr bzw. sein Stellvertreter, anwesend sind.
- (6) Die Mitglieder der Wahlvorstände erhalten entsprechend der "Entschädigungssatzung Wahlen, Volks- und Bürgerentscheide" der Landeshauptstadt Dresden eine Entschädigung.

## **§ 9**

### **Wählerverzeichnis**

- (1) Wählen kann nur, wer in ein Wählerverzeichnis eingetragen ist.
- (2) Durch die Stadtverwaltung ist auf der Grundlage des Einwohnermelderegisters ein Wählerverzeichnis anzulegen, in das alle gemäß § 2 wahlberechtigten Personen einzutragen sind. Es enthält Familiennamen, Vornamen, Geburtsdatum, Anschrift und Staatsangehörigkeit der Wahlberechtigten.
- (3) In das Wählerverzeichnis sind von Amts wegen alle Wahlberechtigten einzutragen, die 35 Tage vor der Wahl in der Landeshauptstadt Dresden mit Hauptwohnung gemeldet sind.
- (4) Jede/jeder Wahlberechtigte hat das Recht, an den Werktagen vom 20. bis zum 16. Tage vor der Wahl, während der üblichen Dienststunden, Einsicht in das Wählerverzeichnis zu nehmen, um seine Eintragung zu prüfen. Die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist rechtzeitig von der Wahlleiterin/vom Wahlleiter öffentlich bekannt zu machen.

## **§ 10**

### **Benachrichtigung der Wahlberechtigten**

Die Stadtverwaltung benachrichtigt bis zum 25. Tag vor der Wahl alle in das Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten. Die Wahlbenachrichtigung muss enthalten:

1. den Familiennamen, den Vornamen und die Wohnanschrift,
2. die Bezeichnung der Wahl, den Wahltag und die Wahlzeit,
3. die Angabe des Wahlraumes und des Wahlbezirkes
4. die Nummer, unter der die/der Wahlberechtigte in das Wählerverzeichnis eingetragen ist,
5. die Aufforderung, die Wahlbenachrichtigung bei der Wahl mitzubringen und einen Identitätsnachweis oder ein amtliches Personaldokument mit Lichtbild bereitzuhalten,
6. den Hinweis, dass das Wahlrecht auch bei Verlust der Wahlbenachrichtigung ausgeübt werden kann,

7. den Hinweis über die Möglichkeit der Briefwahl.

## **§ 11**

### **Berichtigung und Abschluss des Wählerverzeichnisses**

(1) Wer glaubt, unrichtigerweise nicht oder nicht richtig im Wählerverzeichnis eingetragen zu sein, kann bis zum Ende der Einsichtnahme (16. Tag vor der Wahl) schriftlich oder zur Niederschrift Einspruch gegen das Wählerverzeichnis erheben. Über den Einspruch ist durch die Wahlleiterin/den Wahlleiter unverzüglich zu entscheiden. Kann die Wahlleiterin/der Wahlleiter dem Einspruch nicht abhelfen, führt die Wahlleiterin/der Wahlleiter eine Entscheidung des Wahlausschusses herbei. Diese Entscheidung ist vorbehaltlich eines Wahlprüfungsverfahrens endgültig.

(2) Die Wahlleiterin/der Wahlleiter kann offensichtliche Unrichtigkeiten im Wählerverzeichnis von Amts wegen jederzeit berichtigen lassen.

(3) Das Wählerverzeichnis ist am 3. Tag vor der Wahl, 18:00 Uhr, abzuschließen. Dabei ist die Anzahl der Wahlberechtigten festzustellen und auf einem Abschlussblatt durch die Wahlleiterin/den Wahlleiter zu beurkunden.

## **§ 12**

### **Wahlvorschläge**

(1) Wahlvorschläge können eingereicht werden von

1. eingetragenen Vereinen, denen mindestens drei gemäß § 2 wahlberechtigte Mitglieder angehören,
2. Wählergruppen
3. Einzelbewerbern

(2) Die Wahlleiterin/der Wahlleiter fordert spätestens am 87. Tag vor der Wahl durch öffentliche Bekanntmachung zur Einreichung von Wahlvorschlägen auf.

(3) Die Wahlvorschläge sind bis zum 66. Tag vor der Wahl, 18:00 Uhr, bei der Wahlleiterin/beim Wahlleiter einzureichen. Hierzu sind amtliche Formblätter zu verwenden, die von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt werden. Die Eintragungen sind in Block- oder Maschinenschrift in lateinischen Buchstaben vorzunehmen.

(4) Jeder Wahlvorschlag muss enthalten:

1. bei Wahlvorschlägen nach Abs. 1 Pkt. 1 den Namen und ggf. die Kurzbezeichnung des Vereins, bei Vorschlägen gemäß Abs. 1 Pkt. 2 Name oder Kennwort des Wahlvorschlags, bei Vorschlägen gemäß Abs. 1 Pkt. 3 die Kennzeichnung "Einzelbewerberin/Einzelbewerber" sowie
2. Vor- und Familienname, Tag der Geburt, Anschrift, Beruf und Staatsangehörigkeit der Bewerber, ggf. bei Deutschen auch das Abstammungsland. Als Kurzbezeichnung darf nicht die Bezeichnung einer in- oder ausländischen Partei oder eine damit verwechslungsfähige Bezeichnung verwendet werden. Wahlvorschläge gemäß Abs. 1 Pkt. 2 dürfen keine Kurzbezeichnung verwenden, die mit dem Namen oder der Kurzbezeichnung eines zur Einreichung von Wahlvorschlägen berechtigten Vereins verwechselt werden kann.

(5) Als Bewerberin/Bewerber in einem Wahlvorschlag gemäß Abs. 1 Pkt. 1 darf nur benannt werden, wer in einer eigens hierfür einberufenen Mitgliederversammlung mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen hierzu gewählt worden ist. Zu dieser Mitgliederversammlung sind alle zum Zeitpunkt ihres Zusammentretens gemäß § 2 wahlberechtigten Mitglieder rechtzeitig zu laden. Nur diese Mitglieder sind bei der Kandidatenaufstellung stimmberechtigt.

(6) Eine Bewerberin/ein Bewerber darf nur in einem Wahlvorschlag benannt werden. Die Anzahl der in einem Wahlvorschlag nach Abs. 1 Pkt. 1 und 2 benannten

Bewerberinnen/Bewerber darf höchstens um fünf höher sein als die Anzahl der zu vergebenden Mandate. Wahlvorschläge von Einzelbewerberinnen/Einzelbewerbern dürfen nur eine Bewerberin/einen Bewerber benennen. Bewerberinnen/Bewerber auf Wahlvorschlägen nach Abs. 1 Pkt. 1 dürfen keinem Verein angehören, der zur gleichen Wahl einen konkurrierenden Wahlvorschlag eingereicht hat.

**(7)** Mit dem Wahlvorschlag sind einzureichen:

1. für die Wahlvorschläge nach Abs. 1 Pkt. 1 und 2 die Zustimmungserklärung jeder Bewerberin/jedes Bewerbers, dass sie/er mit der Aufnahme in den Wahlvorschlag einverstanden ist ;
2. eine Erklärung an Eides statt jeder Bewerberin/jedes Bewerbers, dass sie/er keiner in der Bundesrepublik Deutschland verbotenen Organisation angehört und auch eine solche nicht unterstützt;
3. eine Meldebescheinigung, dass die jeweilige Bewerberin/der jeweilige Bewerber seit mindestens 3 Monaten in Dresden gemeldet ist und eine Versicherung an Eides statt, dass sie/er sich seit mindestens einem Jahr mit einer Aufenthaltsgenehmigung bzw. einer Aufenthaltsgestattung in Deutschland aufhält und sonstige Voraussetzungen nach § 2 erfüllt;
4. für die Wahlvorschläge gemäß Abs. 1 Pkt. 1 eine Erklärung der Versammlungsleiterin/des Versammlungsleiters und einer/eines weiteren, von der Versammlung hierzu bestimmten Teilnehmerin/Teilnehmers, dass die Aufstellung der Bewerberinnen/Bewerber in der im Abs. 5 beschriebenen Form erfolgt ist;
5. für jeden Wahlvorschlag mindestens 20 Unterstützungsunterschriften von wahlberechtigten Personen gemäß § 2 .

**(8)** In jedem Wahlvorschlag soll eine Vertrauensperson und deren Stellvertreterin/Stellvertreter benannt werden. Diese ist berechtigt, bis zum Ablauf der Einreichungsfrist verbindliche Erklärungen zum Wahlvorschlag abzugeben und entgegenzunehmen.

**(9)** Wahlvorschläge können bis zum Ende der Einreichungsfrist zurückgezogen werden.

## **§ 13**

### **Prüfung und Zulassung der Wahlvorschläge**

**(1)** Die Wahlleiterin/der Wahlleiter vermerkt Tag und Uhrzeit des Eingangs auf dem Wahlvorschlag und prüft diesen unverzüglich, ob er den Erfordernissen der Wahlordnung genügt. Mängel sollen von der Vertrauensperson sofort beseitigt werden. Nach Ablauf der Einreichungsfrist können Mängel an den Wahlvorschlägen nicht mehr behoben werden.

Ein gültiger Wahlvorschlag liegt nicht vor, wenn:

1. die Form oder Frist nicht gewahrt ist oder
2. die Identität einer oder mehrerer Bewerberinnen/eines oder mehrerer Bewerber nicht eindeutig feststeht.

**(2)** Der Wahlausschuss entscheidet spätestens am 58. Tag vor der Wahl über die Gültigkeit und Zulassung der Wahlvorschläge. Ein Wahlvorschlag ist zurückzuweisen, wenn er verspätet eingereicht wird oder den Anforderungen dieser Wahlordnung nicht entspricht. Fehlt die Zustimmungserklärung einer Bewerberin/eines Bewerbers oder ist eine Bewerberin/ein Bewerber nicht wählbar, so ist diese/dieser ersatzlos aus dem Wahlvorschlag zu streichen. Enthält danach der Wahlvorschlag keine Bewerberin/keinen Bewerber mehr, so ist der Wahlvorschlag zurückzuweisen.

**(3)** Gegen die Entscheidung kann binnen drei Tagen nach der Entscheidung Beschwerde bei der Wahlleiterin/dem Wahlleiter eingereicht werden. Über die Beschwerde entscheidet die Wahlleiterin/der Wahlleiter spätestens am 51. Tag vor der Wahl.

**(4)** Die Wahlleiterin/der Wahlleiter macht spätestens am 44. Tag vor der Wahl die zugelassenen Wahlvorschläge öffentlich bekannt.

## **§ 14**

### **Stimmzettel**

(1) Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt.

Die Bewerberinnen/Bewerber sind auf ihm in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen aufgeführt.

(2) Der Stimmzettel enthält in lateinischer Schrift

1. Art und Datum der Wahl,
2. zu jeder Bewerberin/jedem Bewerber folgende Angaben:
  - Vor- und Familienname
  - Geburtsjahr
  - Beruf
  - Staatsangehörigkeit, bei Deutschen auch Herkunftsland
  - Kennwort des Wahlvorschlages

## **§ 15**

### **Wahlbekanntmachung**

Die Wahlleiterin/der Wahlleiter macht spätestens am 6. Tag vor der Wahl öffentlich bekannt:

1. Wahltag und Wahlzeit
2. den Hinweis, dass die Stimmzettel amtlich hergestellt und im Wahlraum bereitgehalten werden,
3. den Hinweis, dass die Wahlbenachrichtigung und ein gültiges amtliches Personaldokument mit Lichtbild zur Wahl mitzubringen sind,
4. den Hinweis, dass jede Wählerin/jeder Wähler bei der Wahl drei Stimmen hat, die einer Bewerberin/einem Bewerber oder mehreren Bewerberinnen/Bewerbern gegeben werden können.

## **§ 16**

### **Öffentlichkeit und Dauer der Wahl**

(1) Die Wahlhandlung ist öffentlich; sie findet am Tag der Stadtratswahl von 8:00 - 18:00 Uhr statt.

(2) In den Wahlräumen und in deren unmittelbarer Umgebung ist jede Beeinflussung der Wählerinnen und Wähler durch Wort, Ton, Bild oder Schrift untersagt.

(3) Der Wahlvorstand kann Personen, die die Ruhe und Ordnung stören, aus dem Wahlraum verweisen.

(4) Der Wahlvorstand führt über seine Tätigkeit eine Niederschrift unter Verwendung eines amtlichen Vordrucks (analog § 45 KomWO). Die Niederschrift ist am Ende der Tätigkeit des Wahlvorstandes von allen Mitgliedern zu unterschreiben.

## **§ 17**

### **Ausstattung des Wahlvorstandes**

Die Stadtverwaltung übergibt den Wahlvorständen vor Beginn der Wahlhandlung

1. das Wählerverzeichnis
2. die Stimmzettel in genügender Anzahl
3. den Vordruck für die Wahlniederschrift
4. den Abdrucke dieser Wahlordnung
5. Packpapier und Siegelmaterial zum Verpacken der Wahlunterlagen und sonstigen Unterlagen
6. eine Wahlurne und Kabinen
7. und schafft die Möglichkeiten zur Sicherung der Wahlunterlagen.

## **§ 18**

### **Eröffnung der Wahlhandlung**

(1) Die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher eröffnet die Wahlhandlung, indem sie/er die übrigen Mitglieder des Wahlvorstandes zur unparteiischen Wahrnehmung ihrer Aufgaben, zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten, verpflichtet.

(2) Der Wahlvorstand überzeugt sich vor Beginn der Stimmabgabe, dass die Wahlurne leer ist. Die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher verschließt und versiegelt die Urne. Sie darf bis zum Schluss der Wahlhandlung nicht mehr geöffnet werden.

### **§ 19**

#### **Stimmabgabe**

(1) Die Stimmabgabe ist geheim und muss in der Wahlkabine erfolgen.

(2) Jede Wählerin/jeder Wähler hat drei Stimmen. Die Stimmen können einer einzelnen Bewerberin/einem einzelnen Bewerber gegeben oder auf zwei oder drei Bewerberinnen/Bewerber verteilt werden. Gibt die Wählerin/der Wähler weniger als drei Stimmen ab, so wird die Gültigkeit der Stimmabgabe dadurch nicht berührt.

(3) Die Wählerin/der Wähler gibt ihre/seine Stimmen ab, indem sie/er auf dem Stimmzettel die Bewerberin oder Bewerberinnen/den oder die Bewerber, der/dem oder denen sie/er ihre/seine Stimmen geben will, durch Ankreuzen oder in sonstiger Weise zweifelsfrei kennzeichnet, den Stimmzettel so faltet, dass ihre/seine Stimmabgabe nicht erkennbar ist, und in die Wahlurne wirft.

(4) Die Wählerin/der Wähler erhält beim Eintritt in den Wahlraum einen Stimmzettel. Sie/er muss sich durch ein gültiges amtliches Personaldokument mit Lichtbild ausweisen können und soll die Wahlbenachrichtigung abgeben. Kann eine/ein im Wählerverzeichnis eingetragene/r Wahlberechtigte/r die Wahlbenachrichtigung nicht vorweisen, so ist sie/er zur Wahl zuzulassen, wenn die Identität der/des Wahlberechtigten anhand eines gültigen amtlichen Personaldokumentes eindeutig festgestellt werden kann.

(5) Der Wahlvorstand hat eine Wählerin/einen Wähler zurückzuweisen, die/der

1. nicht im Wählerverzeichnis eingetragen ist,
2. bereits einen Stimmabgabevermerk im Wählerverzeichnis hat, es sei denn, sie/er kann nachweisen, dass sie/er noch nicht gewählt hat,
3. den Stimmzettel außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet hat,
4. die/der außer dem Stimmzettel einen weiteren Gegenstand in die Wahlurne legen will,
5. den Stimmzettel nicht ordnungsgemäß gefaltet hat.

(6) Eine Vertretung bei der Stimmabgabe ist unzulässig. Eine Wählerin/ein Wähler, die/der des Lesens unkundig oder durch körperliche Gebrechen gehindert ist, den Stimmzettel zu kennzeichnen und in die Wahlurne zu legen, kann sich der Hilfe einer Person ihres/seines Vertrauens bedienen.

(7) Der Wahlvorstand kann einer Wählerin/einem Wähler für einen verschriebenen oder versehentlich unbrauchbar gemachten Stimmzettel einen neuen aushändigen. Der unbrauchbare Stimmzettel ist sofort durch den Wahlvorstand zu vernichten.

(8) Nach Einwurf des Stimmzettels in die Wahlurne wird die Stimmabgabe durch den Wahlvorstand im Wählerverzeichnis vermerkt.

### **§ 20**

#### **Schluss der Wahlhandlung**

Nach Ablauf der Wahlzeit erklärt die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher die Wahlhandlung nach dieser Wahlordnung für geschlossen. Von diesem Zeitpunkt an dürfen nur noch Wählerinnen/Wähler ihre Stimme abgeben, die sich im Wahlraum befinden. Der Zutritt zum Wahlraum ist vorübergehend zu sperren.

## **§ 21**

### **Briefwahl**

**(1)** Ist eine Wählerin/ein Wähler aus beruflichen Gründen, infolge Krankheit, hohen Alters, eines körperlichen Gebrechens oder seines sonstigen körperlichen Zustandes wegen verhindert, den Wahlraum am Wahltag aufzusuchen, kann sie/er an der Briefwahl teilnehmen. Nach der Benachrichtigung im Sinne des § 10 kann sie/er bis spätestens zwei Tage vor der Wahl bis 18:00 Uhr die erforderlichen Unterlagen zur Briefwahl unter Angabe des Grundes, aus welchem sie/er den Wahlraum nicht aufsuchen kann, von der Wahlleiterin/dem Wahlleiter anfordern.

**(2)** Die Briefwahlunterlagen sind:

1. ein amtlicher Stimmzettel
2. ein Wahlumschlag
3. ein Briefwahlumschlag
4. ein Wahlschein-Vordruck mit der eidesstattlichen Erklärung der Wählerin/des Wählers, dass sie/er die Stimmen selbst abgegeben hat,
5. ein Merkblatt zur Briefwahl.

**(3)** In dem Merkblatt ist hinzuweisen auf:

1. die Stimmabgabe gemäß § 19 und die Gültigkeit der Zettel nach § 22 Abs. 5,
2. die Unterschrift in der eidesstattlichen Erklärung,
3. die Verpflichtung, den Stimmzettel in den Wahlumschlag einzulegen,
4. die Feststellung, dass die Wählerin/der Wähler nicht gewählt hat, wenn ihr/sein Wahlbrief nach dem Ende der Wahlzeit bei dem Wahlausschuss ankommt bzw. die Voraussetzungen der Punkte 2 und 3 nicht erfüllt sind.

**(4)** Die Wahlleiterin/der Wahlleiter sammelt die Wahlbriefe ungeöffnet und hält sie unter Verschluss. Sie/er oder eine von ihr/ihm beauftragte Person übergibt am Wahltag spätestens 2 Stunden vor Ende der Wahlhandlung die Wahlbriefe an den zuständigen Wahlvorstand.

**(5)** Unmittelbar nach dieser Übergabe werden die Wahlbriefe durch zwei von der Wahlvorsteherin/vom Wahlvorsteher zu bestimmende Beisitzerinnen/Beisitzer geöffnet und durch den Wahlvorstand auf Zulassung geprüft. Die Wahlumschläge der zugelassenen Wahlbriefe werden in die Wahlurne eingeworfen. Die Wahlscheine werden gesammelt.

**(6)** Wahlbriefe sind zurückzuweisen, wenn

1. der Wahlbrief nicht rechtzeitig eingegangen ist,
2. dem Wahlbriefumschlag kein oder kein gültiger Wahlschein beiliegt,
3. dem Wahlbriefumschlag kein Wahlumschlag beigefügt ist,
4. weder der Wahlbriefumschlag noch der Wahlumschlag verschlossen ist,
5. der Wahlbriefumschlag mehrere Wahlumschläge, aber nicht eine gleiche Anzahl gültiger und mit der vorgeschriebenen Versicherung an Eides statt versehener Wahlscheine enthält,
6. die Wählerin/der Wähler oder die Hilfsperson die vorgeschriebene Versicherung an Eides statt zur Briefwahl auf dem Wahlschein nicht unterschrieben hat,
7. kein amtlicher Wahlumschlag benutzt worden ist,
8. ein Wahlumschlag benutzt worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält.

Die Einsenderinnen/die Einsender zurückgewiesener Wahlbriefe werden nicht als Wählerinnen/Wähler gezählt; ihre Stimmen gelten als nicht abgegeben.

## **§ 22**

### **Feststellung des Wahlergebnisses**

**(1)** Unmittelbar nach Ablauf der Wahlzeit ermittelt der Wahlvorstand das Wahlergebnis. Die Ergebnisermittlung erfolgt öffentlich.

Der Wahlvorstand ermittelt:

1. die Zahl der Wählerinnen/Wähler, darunter Briefwählerinnen/Briefwähler,
2. die Zahl der ungültigen Stimmzettel,
3. die Zahl der gültigen Stimmzettel
4. die Zahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen,
5. die Zahl der für jede Bewerberin/jeden Bewerber abgegebenen gültigen Stimmen.

**(2)** Vor Beginn der Auszählung werden alle nicht benutzten Stimmzettel vom Tisch des Wahlvorstandes entfernt. Die Stimmzettel (und die Wahlumschläge\*) werden der Wahlurne entnommen und gezählt. Zugleich werden die Stimmabgabevermerke im Wählerverzeichnis (und die Wahlscheine\*) gezählt. Ergibt sich auch bei wiederholter Zählung keine Übereinstimmung, so ist dies in der Wahlniederschrift zu vermerken und zu erläutern. Als Zahl der Wählerinnen/Wähler gilt dann die Anzahl der Stimmzettel (und Wahlumschläge\*).

**(3)** (Die Wahlumschläge sind zu öffnen und die Stimmzettel zu entnehmen und mit den anderen Stimmzetteln zu mischen.\*)

Die Stimmzettel sind zu sortieren nach gültigen, ungültigen und solchen, die zu Bedenken Anlass gegeben haben. Die ungültigen Stimmzettel und die, die zu Bedenken Anlass gegeben haben, sind von einer Beisitzerin/einem Beisitzer in Verwahrung zu nehmen. (Leere Wahlumschläge sind als ungültige Stimmzettel zu werten.\*)

\* (Hinweis - Nur bei dem Vorstand, der mit der Auszählung der Briefwahl betraut ist.)

**(4)** Der Wahlvorstand entscheidet über die Gültigkeit der Stimmzettel und Stimmabgaben. Eine Stimme ist gültig abgegeben, wenn sie den Wählerinnenwillen/Wählerwillen eindeutig erkennen lässt.

**(5)** Ein Stimmzettel ist ungültig, wenn er

1. nicht amtlich hergestellt ist,
2. keine oder keine den Wählerinnenwillen/Wählerwillen eindeutig erkennen lassende Kennzeichnung enthält,
3. mehr als drei Kennzeichnungen enthält,
4. ganz durchgestrichen oder durchgerissen ist oder
5. einen Zusatz oder einen Vorbehalt enthält.

**(6)** Bei der Briefwahl sind außerdem die Stimmen ungültig, wenn der Stimmzettel nicht in einem amtlichen Wahlumschlag oder einem Wahlumschlag abgegeben worden ist, der offensichtlich in einer das Wahlgeheimnis gefährdenden Weise von den Übrigen abweicht oder einen deutlich fühlbaren Gegenstand enthält, jedoch eine Zurückweisung gemäß § 21 Absatz 6 Nr. 7 und 8 nicht erfolgt ist. Mehrere in einem Wahlumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als ein Stimmzettel, wenn sie gleich lauten oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; sonst zählen sie als ein Stimmzettel mit drei ungültigen Stimmen. Ist der Wahlumschlag leer abgegeben worden, so gelten die Stimmen als ungültig. Die Stimmen einer Wählerin/eines Wählers, die/der an der Briefwahl teilgenommen hat, werden nicht dadurch ungültig, dass sie/er vor dem oder am Wahltag stirbt, aus dem Wahlgebiet wegzieht oder ihr/sein Wahlrecht nach § 2 verliert.

**(7)** Die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher oder ein von ihr/ihm hierzu bestimmtes Mitglied des Wahlvorstandes liest aus jedem gültigen Stimmzettel vor, für welche Bewerberin/welchen Bewerber die Stimmen abgegeben wurden. Das Vorlesen wird von einem zweiten Mitglied des Wahlvorstandes kontrolliert. Ein drittes Mitglied vermerkt jede aufgerufene Stimme in einer Zählliste.

**(8)** Sodann entscheidet der Wahlvorstand gesondert über jeden der zunächst ausgesonderten Stimmzettel, die Anlass zu Bedenken gegeben haben. Die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher vermerkt auf der Rückseite jedes dieser Stimmzettel die getroffene Entscheidung. Der Vermerk ist von mindestens einem weiteren Mitglied zu unterzeichnen. Im Weiteren ist gemäß Abs. 7 zu verfahren.

**(9)** Nach erfolgter Auszählung sind die Anzahl der Wahlberechtigten aus dem von der Stadtverwaltung beurkundeten Abschlussblatt des Wählerverzeichnisses und die Ergebnisse aus der Zählliste in die Wahlniederschrift zu übertragen. Die Wahlvorsteherin/der Wahlvorsteher gibt das Ergebnis der Wahl mündlich bekannt.

**(10)** Die Wahlniederschrift und die verpackten und versiegelten benutzten Stimmzettel, das Wählerverzeichnis, (die Wahlscheine\*), die unbenutzten Stimmzettel und alle sonstigen, dem Wahlvorstand überlassenen Wahlunterlagen und Materialien sind der Wahlleiterin/dem Wahlleiter oder deren/dessen Beauftragten zu übergeben.

## **§ 23**

### **Feststellung des Wahlergebnisses im Wahlgebiet**

**(1)** Der Wahlausschuss prüft in öffentlicher Sitzung anhand der Wahlniederschriften die Ordnungsmäßigkeit der Wahl in den Wahlbezirken und stellt das Gesamtergebnis fest. Ergeben sich aus einer Wahlniederschrift oder aus sonstigen Gründen Bedenken gegen die Ordnungsmäßigkeit des Wahlgeschäfts, so klärt sie die Wahlleiterin/der Wahlleiter so weit wie möglich auf.

**(2)** Der Wahlausschuss hat das Recht der Nachprüfung von den Wahlvorständen getroffener Entscheidungen. Insbesondere kann er

1. über die Gültigkeit oder Ungültigkeit von Stimmzetteln abweichende Entscheidungen treffen,
2. über Stimmzettel, die zu Bedenken Anlass gegeben haben, abweichend beschließen sowie
3. offensichtliche Rechenfehler berichtigen.

**(3)** Der Wahlausschuss ermittelt auf Grund der Niederschriften der Wahlvorstände

1. die Anzahl der Wahlberechtigten,
2. die Anzahl der Wählerinnen/Wähler,
3. die Anzahl der gültigen und ungültigen Stimmzettel,
4. die Anzahl der insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen,
5. die Anzahl der gültigen Stimmen für jede Bewerberin/jeden Bewerber.

**(4)** Der Wahlausschuss stellt fest, welche Bewerberinnen/Bewerber als Kandidatinnen/Kandidaten für die 11 Sitze im Ausländerbeirat ermittelt wurden (Mehrheitswahl).

**(5)** Über die Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von allen anwesenden Ausschussmitgliedern und von der Schriftführerin/vom Schriftführer zu unterschreiben ist. Ungeklärte Bedenken sind in der Sitzungsniederschrift zu vermerken.

(6) Die Niederschrift ist dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden für die Wahl nach § 3 Abs. 2 Satz 2 der Satzung für den Ausländerbeirat zu übergeben.

(7) Die Wahlleiterin/der Wahlleiter gibt das endgültige Wahlergebnis mündlich in der Sitzung und danach öffentlich bekannt.

## **§ 24**

### **Annahme der Wahl**

Die Wahlleiterin/der Wahlleiter benachrichtigt durch Zustellung die Bewerberinnen/ Bewerber, die als Kandidatinnen/Kandidaten für die 11 Sitze ermittelt wurden, mit der Maßgabe, ihr/ihm binnen einer Woche nach Erhalt der Mitteilung schriftlich mitzuteilen, ob sie die Wahl annehmen. Gibt die/der Gewählte bis zum Ablauf der gesetzten Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl mit Beginn des folgenden Tages als angenommen.

Eine Erklärung unter Vorbehalt gilt als Ablehnung.

Annahme und Ablehnung können nicht widerrufen werden.

## **§ 25**

### **Wahleinspruch und Wahlprüfung**

(1) Jede/jeder Wahlberechtigte, jede Einreicherin/jeder Einreicher eines Wahlvorschlages und die Wahlleiterin/der Wahlleiter können gegen die Gültigkeit der Wahl Einspruch erheben (Wahleinspruch) mit der Begründung, dass die Wahl nicht den Wahlrechtsvorschriften dieser Wahlordnung entsprechend vorbereitet oder durchgeführt bzw. in anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist.

(2) Der Wahleinspruch ist bei der Wahlleiterin/dem Wahlleiter binnen zwei Wochen nach der öffentlichen Bekanntgabe des Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift zu erklären. Die Wahlleiterin/der Wahlleiter unterrichtet unverzüglich den Wahlausschuss und den Oberbürgermeister. Der Wahleinspruch ist dem Ältestenrat des Stadtrates vorzulegen.

(3) Der Ältestenrat des Stadtrates entscheidet über die Wahleinsprüche und über die Gültigkeit der Wahl. Er verhandelt und beschließt hierüber in öffentlicher Sitzung.

(4) In der Verhandlung sind die Beteiligten auf Antrag zu hören. Beteiligt sind die Wahlleiterin/der Wahlleiter, die Person, die den Wahleinspruch erhoben hat, und die Person, gegen deren Wahl der Wahleinspruch unmittelbar gerichtet ist.

(5) Eine Person, die nach Abs. 4 Satz 2 Beteiligter ist, darf an der Beschlussfassung nicht teilnehmen.

(6) Der Ältestenrat des Stadtrates trifft nach Ablauf der in Abs. 2 bezeichneten Frist durch Beschluss folgende Wahlprüfungsentscheidung:

1. Einwendungen gegen die Wahl liegen nicht vor. Die Wahl ist gültig; oder
2. die Einwendungen gegen die Wahl sind nicht begründet und werden zurückgewiesen. Die Wahl ist gültig; oder
3. die Einwendungen gegen die Wahl sind begründet. Die ihnen zugrunde liegenden Tatbestände haben das Wahlergebnis nicht oder nur unwesentlich beeinflusst. Die Wahl ist gültig; oder
4. die Einwendungen gegen die Wahl sind sämtlich oder zum Teil begründet. Die den begründeten Einwendungen zugrunde liegenden Tatbestände sind so schwerwiegend, dass bei einwandfreier Durchführung der Wahl ein wesentlich anderes Wahlergebnis zustande gekommen oder festgestellt worden wäre.

Es wird

- a) das Wahlergebnis neu festgestellt bzw. berichtigt oder
- b) die Wahl für ungültig erklärt.

Der Beschluss ist zu begründen.

## **§ 26**

### **Wiederholungswahl**

(1) Wird die Wahl im Wahlprüfungsverfahren gemäß § 25 Abs. 6 Pkt. 4 für ungültig erklärt, so ist sie zu wiederholen (Wiederholungswahl).

(2) Findet die Wiederholungswahl binnen sechs Monaten nach der Hauptwahl statt, so wird vorbehaltlich einer anderen Entscheidung im Wahlprüfungsverfahren nach den Wahlvorschlägen und dem Wählerverzeichnis der Hauptwahl gewählt. Liegt die Hauptwahl mehr als sechs Monate zurück, so wird die Wiederholungswahl durchgeführt und das Wahlverfahren erneuert.

(3) Für die Wiederholungswahl gelten im Übrigen die Vorschriften dieser Wahlordnung.

## **§ 27**

### **Schlussbestimmungen**

(1) Durch diese Wahlordnung vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachungen sind in deutscher Sprache in der für die Wahl zum Stadtrat vorgeschriebenen Weise vorzunehmen.

(2) Die durch diese Wahlordnung vorgeschriebenen Formblätter sind in deutscher Sprache abzufassen.

(3) Soweit diese Wahlordnung keine Bestimmungen enthält, sind die Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes und der Kommunalwahlordnung für den Freistaat Sachsen in der jeweils gültigen Fassung sinngemäß anzuwenden.

## **§ 28**

### **In-Kraft-Treten**

Diese Wahlordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Wahlordnung vom 19.11.1998 außer Kraft.

Dresden,

Roßberg  
Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt Dresden

### **Hinweis gemäß § 4 Abs. 4 Satz 4 SächsGemO**

Sollte diese Satzung unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zu Stande gekommen sein, gilt sie ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

5. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
6. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
7. der Oberbürgermeister dem Beschluss nach § 52 Abs. 2 SächsGemO wegen Gesetzwidrigkeit widersprochen hat,

8. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist

- a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
- b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach vorstehender Nr. 3 oder Nr. 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Jahresfrist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Roßberg  
Oberbürgermeister